

Heinrich August Winkler

**Von Weimar zu Hitler**

Die Arbeiterbewegung  
und das Scheitern  
der ersten deutschen Demokratie

Antrittsvorlesung

28. April 1992

Humboldt-Universität zu Berlin  
Fachbereich Philosophie und Geschichtswissenschaften

Institut für Geschichtswissenschaften

Herausgeberin:  
Die Präsidentin der Humboldt-Universität zu Berlin  
Prof. Dr. Marlis Dürkop

Copyright: Alle Rechte liegen beim Verfasser.

Redaktion:  
Christine Gorek  
Forschungsabteilung der Humboldt-Universität  
Unter den Linden 6  
10099 Berlin

Herstellung:  
Linie DREI, Agentur für Satz und Grafik  
Wühlischstraße 33  
10245 Berlin

Heft 3

Redaktionsschluß:  
17. 6. 1993

In der Geschichte der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung gibt es keine größere Katastrophe als die des Jahres 1933. Mit der Machtübertragung an Hitler am 30. Januar jenes Jahres begann die systematische Unterdrückung alles dessen, was die Nationalsozialisten unter dem Begriff „Marxismus“ zusammenfaßten. Unter diesen Begriff fielen Sozialdemokratie und Kommunismus gleichermaßen, und es scherte die Verfolger nicht im mindesten, daß zwischen den Parteien, die sich auf Marx beriefen und „marxistisch“ nannten, ein politischer und ideologischer Abgrund klaffte.<sup>1</sup>

Der Nationalsozialismus hat aus der Spaltung der „marxistischen“ Arbeiterbewegung in einem Maße Nutzen gezogen, daß die Behauptung naheliegt, eine einzige Arbeiterbewegung hätte Hitlers Erfolg verhindern können. Ich möchte mich im folgenden mit der Stichhaltigkeit dieser oft gehörten These auseinandersetzen, und ich werde dies in drei Schritten tun. Im ersten Abschnitt wende ich mich der Rolle der deutschen Sozialdemokratie in der Endphase der Weimarer Republik zu. Im zweiten Teil geht es um das Verhältnis von Sozialdemokraten und Kommunisten. Im dritten und letzten Abschnitt frage ich nach der Vermeidbarkeit oder Zwangsläufigkeit dessen, was Friedrich Meinecke die „deutsche Katastrophe“ genannt hat.<sup>2</sup>

## I.

Für die Weimarer SPD begann der letzte Abschnitt ihrer Geschichte am gleichen Tag wie die Auflösungsphase der ersten deutschen Republik: am 27. März 1930. An diesem Tag stürzte der letzte sozialdemokratische Reichskanzler, Hermann Müller, als Chef eines Kabinetts der Großen Koalition - der letzten parlamentarischen Mehrheitsregierung der Weimarer Republik. Vordergründig zerbrach das Kabinett Müller an einem Streit um die

Arbeitslosenversicherung: Die rechte Flügelpartei, die unternehmerfreundliche Deutsche Volkspartei, wollte die Leistungen senken und die Beiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmern nicht erhöhen; die linke Flügelpartei, die SPD, wollte umgekehrt die Beiträge erhöhen und die Leistungen erhalten. Aber dieser Disput hatte tiefere, strukturelle Gründe: Was 1929/1930 zur Diskussion stand, waren auf der einen Seite die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Sozialen und auf der anderen Seite die sozialen Rahmenbedingungen der Wirtschaft.

Sozialdemokraten und Freien Gewerkschaften ging es darum, die sozialen Errungenschaften, darunter die 1927 eingeführte Arbeitslosenversicherung, und das erreichte Lohnniveau auch in der Krise zu verteidigen - und das nicht zuletzt, um der Republik die Loyalität der Arbeiter zu sichern. Sozialer Abbau bedeutete für die SPD immer auch ein erhöhtes Risiko, Arbeiter an die kommunistische Konkurrenz zu verlieren. Koalitions politik mit bürgerlichen Parteien war nach sozialdemokratischer Mehrheitsmeinung also nur gerechtfertigt, wenn die sozialen Leistungen erhalten blieben. Abschied von der Koalition durfte die SPD mithin auch dann nehmen, wenn es keine parlamentarische Alternative zur bestehenden (Großen) Koalition gab - und ebendies war im Frühjahr 1930 der Fall.

Die Deutsche Volkspartei und die Unternehmer waren hingegen der Meinung, daß die sozialen Errungenschaften zu teuer und die Löhne überhöht waren. Eine Korrektur hielten sie auch um den Preis der Abwendung vom System der parlamentarischen Mehrheitsregierung und damit der Hinwendung zum Präsidialsystem, der Regierung mit Hilfe des Notverordnungsartikels 48, für notwendig. Für diese Alternative gab es mächtige Verbündete, nämlich die Großagrарier und die Reichswehrführung: Kräfte, die, um den Staatsrechtler Carl Schmitt zu zitieren, „Zugang zum Machthaber“, nämlich dem Reichspräsidenten von Hindenburg, hatten.<sup>3</sup> Als mit der Ratifizierung des Young-Plans im März 1930 die letzte Klammer fiel, die die Große Koalition noch zusammengehalten hatte, war es leicht geworden, dem Kabinett Hermann Müller ein rasches Ende vorherzusagen.

War der Gegensatz zwischen den Positionen des rechten und des linken Flügels der Großen Koalition ein kontradiktorischer oder

gab es doch noch Möglichkeiten der Verständigung? Einige führende Sozialdemokraten, darunter der Reichskanzler Hermann Müller, der Reichsinnenminister Carl Severing, der preußische Ministerpräsident Otto Braun und der „Chefideologe“ der SPD, Rudolf Hilferding, setzten bis zuletzt auf Kompromiß. Sie waren durchaus bereit, wirtschaftliche Rahmenbedingungen des Sozialen anzuerkennen, und übten Kritik an der „Pumpwirtschaft“, der allzu hohen Verschuldung - vor allem der Gemeinden.

Über die Führung der SPD hinausgehend und das Gros der Partei einbeziehend, möchte ich im Hinblick auf die Zeit von Anfang 1929 bis Ende 1931 von einem *Sanierungskonsens* sprechen - vergleichbar dem vielzitierten *Inflationskonsens* der Jahre 1919 bis 1921 und dem nicht minder bedeutsamen *Rationalisierungskonsens* der Jahre 1924 bis 1928. Die SPD wollte allerdings die Staatsfinanzen nicht auf Kosten der sozial Schwachen sanieren; wenn schon die Löhne gesenkt werden mußten, dann auch die Preise. Zum Sanierungskonsens gehörte also auch ein fortdauernder Verteilungsdissens.

Eine Minderheit der führenden Sozialdemokraten zog aus der politischen Lage im Frühjahr 1930 den Schluß, daß man die Brücke betreten müsse, die der Vorsitzende der Zentrumsfraktion im Reichstag, Heinrich Brüning, in letzter Stunde schlug: Es war der Vorschlag, den Streit um die Arbeitslosenversicherung in der Hauptsache zu vertagen. Die Mehrheit, darunter die Führung der Freien Gewerkschaften, lehnte den „Brüning-Kompromiß“ ab und übernahm damit, zumindest formell, die Verantwortung für den Bruch der Großen Koalition.

Für die Bereitschaft zum Kompromiß hätte gesprochen, daß die Gegenseite keine geschlossene Front bildete. Die Schwerindustrie leugnete kategorisch, daß es in einer Demokratie nicht nur wirtschaftliche Bedingungen des Sozialen, sondern auch soziale Bedingungen der Wirtschaft gab. Die Exportindustrie war eher bereit, einen Ausgleich mit den Gewerkschaften zu suchen. In der Deutschen Volkspartei war der harte rechte Flügel, der von der Schwerindustrie kontrolliert wurde, in der Minderheit. So paradox es klingt: Die Zerstrittenheit der rechten Flügelpartei der Großen Koalition, in der Vergangenheit oft eine Hypothek dieses

Bündnisses, war in der Krise vom März 1930 die letzte marginale Chance, das Kabinett Müller, wenn auch wohl nur auf kurze Zeit, zu retten.

Die parlamentarische und außerparlamentarische Rechte hatte den Bruch der Großen Koalition gewollt, die SPD nahm ihn mißbilligend in Kauf. Aber so klar die Hauptschuld zutage liegt: Es war ein Fehler, daß die Sozialdemokratie die letzte Chance nicht nutzte. Denn was dann kam, die Ära der Präsidialregierungen, war nicht nur eine logische, sondern auch die allseits vorausgesehene Konsequenz des Bruches der Großen Koalition. Es war ebendiese Folge, die Hilferding schon im April 1930 zu dem Verdikt veranlaßte: „Es ist nicht gut, aus Furcht vor dem Tode Selbstmord zu verüben.“<sup>4</sup>

Die Regierung des Nachfolgers von Hermann Müller, Heinrich Brüning, stellte bis zum Juli 1930 nur eine verdeckte Präsidialregierung dar, die sich auf rechte Zufallsmehrheiten stützte. Aber die Architekten dieses Kabinetts, die engsten Berater Hindenburgs, waren entschlossen, dem neuen Kanzler, sobald er die parlamentarische Mehrheit verlor, das zu geben, was sie Hermann Müller verweigert hatten - die Notstandsvollmachten des Artikels 48 der Weimarer Reichsverfassung. Mit Hilfe dieses Artikels rückte der Reichspräsident zum Ersatzgesetzgeber auf, ja er konnte als Inhaber der kommissarischen Diktaturgewalt fungieren.

Im Juli 1930 trat die Situation ein, um derentwillen Brüning berufen worden war. Die Regierung erlitt eine Abstimmungsniederlage; die erste Notverordnung kam heraus; der Reichstag forderte mit den Stimmen der SPD ihre Rücknahme; daraufhin wurde der Reichstag aufgelöst und eine neue Notverordnung erlassen. Aus der Reichstagswahl vom 14. September 1930 ging die NSDAP als eindeutiger Sieger hervor (statt bisher über 12 verfügte die Partei Hitlers nun über 107 Sitze).

Die Regierung Brüning konnte im neuen Reichstag nur dann noch eine parlamentarische Mehrheit finden, wenn zu den Parteien der Mitte und der gemäßigten Rechten andere hinzutraten: konkret entweder NSDAP oder SPD. Das Regierungslager, einschließlich der Reichswehr, zog damals die Unterstützung durch die SPD als das kleinere Übel vor - und umgekehrt: Die SPD entschied sich, um eine formelle oder informelle Regierungsbeteiligung der Na-

tionalsozialisten zu verhindern, für die Tolerierung der Regierung Brüning.

Das Kapitel „Tolerierungspolitik“ ist eines der umstrittensten in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Die Liste der Vorwürfe, die in der Geschichtsschreibung gegen die SPD erhoben werden, ist lang. Ich greife die wichtigsten in schlagwortartiger Verkürzung heraus: Entparlamentarisierung des politischen Systems von Weimar durch Beihilfe bei der Entmachtung des Reichstags; Verschärfung der Wirtschaftskrise und Förderung der politischen Radikalisierung durch Stützung des unpopulären Sparkurses von Brüning; Selbstlähmung im außerparlamentarischen Abwehrkampf gegen den Faschismus durch übertriebenen Legalismus; Vertiefung der Gegensätze zu den Kommunisten in einer Situation, in der die proletarische Einheitsfront die letzte Rettung vor dem Faschismus und also das Gebot der Stunde gewesen wäre.

Meine These lautet demgegenüber: Die Tolerierungspolitik war für die Sozialdemokraten solange eine Politik ohne Alternative, als sie die Macht in Preußen, den wichtigsten Teil der ihnen verbliebenen staatlichen Macht, behalten wollten. Die Sozialdemokraten mußten die Macht in Preußen behalten wollen, um den Nationalsozialismus wirksam bekämpfen zu können.

Die Weimarer Koalition, die Preußen regierte, bestand aus den Sozialdemokraten, dem Zentrum und der linksliberalen Deutschen Staatspartei. Die SPD war also auf die Partei Brünings, das Zentrum, angewiesen. Brachte die Sozialdemokratie im Reich Brüning zu Fall, so stürzte mit großer Wahrscheinlichkeit kurz darauf Otto Braun in Preußen. Mit Braun fiel dann Carl Severing, der seit dem Herbst 1930 preußischer Innenminister war; mit Severing aber verlor die SPD die Kontrolle über die preußische Polizei, das wichtigste staatliche Machtmittel im Kampf gegen den Nationalsozialismus.

Die innerparteilichen Kritiker der Tolerierungspolitik, die meist von „links“ kamen, mochten die Logik des kleineren Übels nicht gelten lassen. Max Seydewitz, der Führer der „Klassenkampf-Gruppe“, schrieb bereits im September 1930, kurz nach der Reichstagswahl, die Absichten des Zentrumskanzlers seien nicht weniger faschistisch als die von den Nazis empfohlenen Metho-

den, „und es ist nicht zu verstehen, *warum* die Sozialdemokratie in ihrem Kampf für Demokratie und gegen Faschismus *einen Unterschied machen soll zwischen Brünings und Hitlers Faschismus*, warum die Sozialdemokratie nach dieser Reichstagswahl die von der Brüning-Regierung vertretenen Tendenzen weniger scharf bekämpfen soll, als die durch das Anschwellen der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei sich offen zeigende faschistische Gefahr.“<sup>5</sup>

Der Konsequenz von Seydewitz' Plädoyer, lieber die Nationalsozialisten an die Regierung zu lassen als Brüning parlamentarischen Rückhalt zu geben, wollte sich die große Mehrheit der SPD nicht beugen: Die Tolerierungspolitik wurde fortgesetzt, solange es eine Regierung Brüning gab, bis Ende Mai 1932. Es kam darüber zu innerparteilichen Zerreißproben, ja zur Abspaltung des äußersten linken Flügels der SPD, der sich im Herbst 1931 als Sozialistische Arbeiterpartei verselbständigte. Der Konflikt, der in der Gründung der SAP gipfelte, begann am 20. März 1931: Die SPD enthielt sich, um Brüning zu retten, bei der Abstimmung über den Panzerkreuzer B der Stimme - eine schwierige Entscheidung, wenn man bedenkt, daß der Panzerkreuzer A im Herbst 1928 die Sozialdemokraten zu einem Aufstand gegen ihren eigenen Kanzler, Hermann Müller, getrieben hatte. Ernst Heilmann, der Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokraten im preußischen Landtag, kommentierte im Diskussionsorgan der SPD, dem „Freien Wort“: „Eine der schwersten Strafen des brutalen Mittelalters war die Verurteilung zur Galeere. Angeschmiedet an die Ruderbänke, mußten auf den Galeeren des Mittelalters die Zuchthäusler rudern und rudern, bis sie der Tod von der Sklavenfron erlöste. Der Faschismus würde die ganze Arbeiterklasse zu Galeerensklaven machen. Wir hatten die Wahl zwischen Galeere und Panzerkreuzer. Es konnte gar keinen Zweifel geben, daß wir den Panzerkreuzer schwimmen lassen mußten.“<sup>6</sup>

Am Fall „Panzerkreuzer B“ läßt sich auch einiges über die Haltung ablesen, die die „Basis“ der SPD gegenüber der Tolerierungspolitik einnahm. Neun Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion stimmten am 20. März 1931 mit den Kommunisten gegen den Panzerkreuzer. Das war ein bisher nicht dagewesener „Disziplinbruch“. Bis auf einen Abgeordneten erhielt

ten die Abweichler dennoch die Zustimmung ihrer (unteren) Parteigliederungen, in drei Fällen bis hinauf zur Ebene des Parteibezirkes. Aber von einer breiten Welle der Solidarisierung konnte keine Rede sein. Der Disziplinbruch war bei der großen Mehrheit noch unpopulärer als der Panzerkreuzer, der bislang höchste Preis der Tolerierungspolitik.

Rund ein Jahr später mutete die sozialdemokratische Parteiführung den Anhängern der SPD noch sehr viel mehr zu: die Wiederwahl des kaiserlichen Feldmarschalls Paul von Hindenburg zum Reichspräsidenten. „Schlagt Hitler! Darum wählt Hindenburg!“ lautete die Parole, die der Parteivorstand am 26. Februar 1932 ausgab.<sup>7</sup> Kürzer ließ sich die Alternative nicht formulieren, die den Anhängern Weimars verblieben war: Wenn sie von der Republik retten wollten, was noch zu retten war, mußten sie einen überzeugten Monarchisten zum Staatsoberhaupt wählen. Gegen jeden anderen Kandidaten wäre Hitler erfolgreich gewesen. Das „Dritte Reich“ hätte nicht am 30. Januar 1933 begonnen, sondern schon am 10. April 1932 - dem Tag des zweiten Wahlganges der Reichspräsidentenwahl.

Die Sozialdemokraten betrieben die Politik des kleineren Übels, um die nationalsozialistische Diktatur zu verhindern. Hitlers Niederlage vom 10. April 1932 erschien ihnen mit Recht als ihr Verdienst und als größter Erfolg der Tolerierungspolitik. Aber es gab eine Kehrseite dieser Politik. Sie wurde wenige Monate später, am 20. Juli 1932, schlagartig sichtbar. Als Brünings Nachfolger, Franz von Papen, das seit den Landtagswahlen vom 24. April nur noch geschäftsführend amtierende preußische Koalitionskabinett Otto Brauns auf dem Wege des kalten Staatsstreiches absetzen ließ, unterblieb jeder Akt des Widerstandes.

Vieles kam zusammen, was die Passivität der Sozialdemokratie und der Freien Gewerkschaften an jenem Tag erklären kann: das tiefe Mißtrauen zwischen SPD und KPD, von dem gleich noch zu reden sein wird; die Demoralisierung und Entsolidarisierung großer Teile der Arbeiterschaft im Zuge der Weltwirtschaftskrise; die Angst, daß Arbeitslose den Streikenden die Arbeitsplätze wegnehmen könnten; Einbrüche der Nationalsozialisten in die Reihen der preußischen Polizei; die Tatsache, daß, anders als beim Kapp-Lüttwitz-Putsch von 1920, Reichspräsident und

Reichswehr eindeutig hinter dem Staatsstreich standen. Bei einer militärischen Konfrontation mit der Reichswehr und den Privatarmeen Hitlers wäre die Niederlage der Republikaner in der Tat sicher gewesen.

Doch es gibt keinen Zweifel: Die fehlende militante Massenabwehr war *auch* eine Folge der zwanzig Monate währenden Tolerierungspolitik und der führenden Beteiligung der SPD an der preußischen Regierung. Regierungspartei zu sein, formell in Preußen und informell im Reich, und gleichzeitig Bürgerkriegspartei im Wartestand: das war objektiv unmöglich. Die SPD büßte am 20. Juli 1932 die Reste der Macht ein, die sie nur so lange hatte behaupten können, *weil* sie seit dem Herbst 1930 alles auf eine Karte gesetzt hatte: die Abwehr des Nationalsozialismus auf dem Boden der Verfassung und im Bunde mit den gemäßigten Teilen des Bürgertums. Daß eine außerparlamentarische Einheitsfront mit den Kommunisten *keine* Alternative zu dieser Politik sein konnte, das werde ich in dem nun folgenden zweiten Abschnitt meines Vortrags zu zeigen versuchen.

## II.

Für die Politik der deutschen Kommunisten war die „Generallinie“ maßgebend, wie sie der Sechste Weltkongreß der Kommunistischen Internationale im Sommer 1928 festgelegt hatte. Diese Generallinie stand im Zeichen jener „ultralinken“ Wende, die Stalin um diese Zeit vollzog und für die es sowohl eine innerrussische als auch eine deutsche Ursache gab. Der innerrussische Grund war der Kampf gegen eine „rechte“ Fraktion um Nikolai Bucharin, die das Tempo der Industrialisierung und der Kollektivierung der Landwirtschaft kritisierte. Die deutsche Ursache lag darin, daß seit Juni 1928 die SPD wieder an der Macht im Reich beteiligt war - in Gestalt der Großen Koalition unter Hermann Müller. Die SPD war die prowestlichste, vor allem die am meisten profranzösische Partei Deutschlands, und das machte sie aus Stalins Sicht zu einem gefährlichen außenpolitischen Gegner. Eine der Parolen des Sechsten Weltkongresses lautete, die sozialdemokratische Ideologie der Klassenzusammenarbeit weise viele Berührungspunkte mit der Ideologie des Faschismus auf. Ein Jahr

später begannen KPD und Komintern, die Sozialdemokratie als „sozialfaschistisch“ zu bezeichnen. Daß dieses diffamierende Schlagwort bei vielen Anhängern der KPD auf fruchtbaren Boden fiel, lag vor allem am Berliner „Blutmai“ von 1929: Der Polizeipräsident der Reichshauptstadt, der Sozialdemokrat Zörgiebel, war gegen Kommunisten, die sich am 1. Mai, trotz eines Demonstrationsverbots, zu öffentlichen Kundgebungen versammelt hatten, mit großer Brutalität vorgegangen. Es gab an diesem und den folgenden Tagen neben etwa 200 Verletzten 33 Tote. Die Polizei hatte fast 50 verletzte Beamte, aber keine Todesopfer zu beklagen.

Der „Blutmai“ war nicht nur ein Ausdruck polizeilichen und politischen Fehlverhaltens, er warf auch ein bezeichnendes Licht auf die soziale Spaltung des proletarischen Milieus. Für viele Sozialdemokraten waren die Kommunisten ständige Ruhestörer, oft genug schlicht randalierende Lumpenproletarier. Umgekehrt sahen die Kommunisten in den Funktionären von SPD und Freien Gewerkschaften häufig „Bonzen“, die sich der Arbeiterklasse entfremdet hatten, ja in das Lager des Klassenfeindes übergelaufen waren. Der tiefere Grund dieser wechselseitigen Klischeebilder war in der unterschiedlichen sozialen Zusammensetzung der beiden Arbeiterparteien zu suchen: Die KPD war *die* Partei der Arbeitslosen, und sie wurde es in den Jahren der Weltwirtschaftskrise immer mehr; Arbeiter, die noch Arbeit hatten, neigten dagegen eher dazu, die SPD zu unterstützen.

Der Komintern und der KPD kamen die Ereignisse der ersten Maitage des Jahres 1929 durchaus gelegen: Zörgiebels Gewalttätigkeit erleichterte den Kampf gegen die Sozialdemokratie. An dieser Frontstellung änderte sich auch nichts, als die SPD auf der Reichsebene im Frühjahr 1930 in die Opposition zurückkehrte. In der „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“ vom 24. August 1930, mit der die KPD anläßlich der bevorstehenden Reichstagswahl um Stimmen aus dem rechten Lager warb, hieß es über die leitenden Männer der SPD: „Die sozialdemokratischen Führer, die Hermann Müller, Severing, Grzesinski (der frühere preußische Innenminister, H.A.W.) und Zörgiebel, sind nicht nur die Henkersknechte der deutschen Bourgeoisie, sondern gleichzeitig die freiwilligen

Agenten des französischen und polnischen Imperialismus. Alle Handlungen der verräterischen, korrupten Sozialdemokratie sind fortgesetzter Hoch- und Landesverrat an den Lebensinteressen der arbeitenden Massen Deutschlands.“<sup>8</sup>

Daß die SPD seit dem Oktober 1930 die Regierung Brüning tolerierte, die von der KPD als Wegbereiterin der faschistischen Diktatur charakterisiert wurde, war Wasser auf die Mühlen der kommunistischen Agitation. Als Stütze der unpopulären Sparpolitik des Zentrumskanzlers mußte die Sozialdemokratie sich nunmehr einen ständigen Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse vorhalten lassen. Da die SPD zur Säule eines nicht mehr parlamentarischen Notverordnungs-systems geworden war, fiel es den Kommunisten auch nicht schwer, die Sozialdemokraten zu Agenten eines fortschreitenden Faschisierungsprozesses zu erklären. Auf dem 11. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale Ende März 1931 nannte Generalsekretär Manuilski die Sozialdemokratie die „soziale Hauptstütze der Bourgeoisie“, und in den Thesen zu seinem Referat hieß es ausdrücklich: „Die Sozialdemokratie, die durch die Konstruktion eines Gegensatzes zwischen der ‚demokratischen‘ Form der Diktatur der Bourgeoisie und dem Faschismus die Wachsamkeit der Massen im Kampfe gegen die heraufziehende politische Reaktion und gegen den Faschismus einschläfert und die das konterrevolutionäre Wesen der bürgerlichen Demokratie als eine Form der Diktatur der Bourgeoisie verhüllt, ist der aktivste Faktor und Schrittmacher der Faschisierung des kapitalistischen Staates.“<sup>9</sup>

Es blieb nicht nur bei Worten. Auf Weisung der Komintern beteiligte sich die KPD ab Ende Juli 1931 an einem vom nationalistischen „Stahlhelm“ und den Rechtsparteien eingeleiteten Volksentscheid zur Auflösung des preußischen Landtages - einer Aktion, die den einzigen Zweck hatte, die sozialdemokratisch geführte Koalitionsregierung unter Otto Braun zu stürzen. Der Volksentscheid scheiterte, aber die KPD hatte wieder einmal bewiesen, daß es ihr mit der Devise ernst war, wonach der „Hauptstoß innerhalb der Arbeiterklasse“ gegen die Sozialdemokratie zu richten war.

Erst als Hitler beim zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl am 10. April 1932 auf 36,8% der Stimmen kam, entschied

sich die Komintern zu einer Kurskorrektur: Das strikte Verbot jedweder „Einheitsfront von oben“, also der Zusammenarbeit zwischen den Führungen von KPD, SPD und Freien Gewerkschaften von der Gemeinde bis zur Reichsebene, wurde etwas gelockert. Ihren Höhepunkt erreichte die elastischere Einheitsfronttaktik in den ersten vier Wochen nach Brüning's Sturz am 30. Mai 1932. Die SPD war jetzt der Zwänge der Tolerierungspolitik ledig; aber sie hatte immer noch Gründe, kommunistischen Angeboten einer Aktionseinheit mit großer Vorsicht zu begegnen. Zu dem allgemeinen Mißtrauen und den unüberwindlichen ideologischen Gegensätzen kam die Furcht hinzu, ein sichtbares Zusammenspiel mit den Kommunisten werde dem seit dem 1. Juni regierenden „Kabinett der Barone“ unter Franz von Papen einen Vorwand liefern, seine Hand nach Preußen auszustrecken.

Als Papen am 20. Juli 1932 dann tatsächlich zum Schlag gegen Preußen ausholte, hatte die KPD unter massivem Druck aus Moskau ihre Taktik gegenüber der SPD bereits wieder geändert - im Sinne der alten Konfrontation. Der Kommunistischen Internationale ging die Auflockerung der Fronten, wie sie vor allem örtliche Parteileitungen der KPD betrieben, viel zu weit. Aus Furcht vor einer schleichenden Sozialdemokratisierung der Kommunistischen Partei Deutschlands wurden die angeblichen „opportunistischen Auswüchse“ der Einheitsfronttaktik ab Mitte Juli liquidiert. Das 12. Plenum des Exekutivkomitees der Komintern dekretierte Anfang September 1932 wieder ganz unmißverständlich: „Nur wenn der Hauptschlag gegen die Sozialdemokratie, diese soziale Hauptstütze der Bourgeoisie, gerichtet wird, kann man den Hauptklassenfeind des Proletariates, die Bourgeoisie, mit Erfolg schlagen und zerschlagen. Und nur, wenn die Kommunisten zwischen den sozialdemokratischen Führern und den sozialdemokratischen Arbeitern unterscheiden, können sie die Mauer, die sie häufig von den sozialdemokratischen Arbeitern trennt, im Namen der revolutionären Einheitsfront von unten niederreißen.“<sup>10</sup> Bis zum 30. Januar 1933 änderte sich an dieser taktischen Linie nichts mehr.

Nach alledem dürfte klar sein, warum eine proletarische Einheitsfront gegen Faschismus und Reaktion immer wieder beschworen, aber niemals Wirklichkeit wurde. Die Gegensätze zwi-

schen Sozialdemokraten und Kommunisten waren unüberbrückbar. Die SPD war eine, nein *die* staatserhaltende Partei der Weimarer Republik; sie war es seit 1930, als dieser Staat weniger als je zuvor der ihre war, mehr denn je. Die KPD sah sich als eine, nein als *die* Partei des gewaltsamen Umsturzes schlechthin - und obwohl sie gar keine konkreten Revolutionspläne hatte, wurde sie weithin als das gesehen, was sie vorgab zu sein. Die KPD sprach von „Sowjetdeutschland“ und von der Vernichtung des Klassenfeindes; sie nahm, zumindest bis zum November 1931, individuellen Terror ihrer Anhänger in der Regel hin; sie bekannte sich zur Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes und damit zur Illegalität. Was die KPD sagte und tat, konnte Bürger (und nicht nur Bürger) erschrecken; aber es reichte nicht aus, um einen Bürgerkrieg zu entfesseln.

Das lag nicht zuletzt an der Abhängigkeit der KPD von der Komintern, von der KPdSU, von Stalin. Die Strategie der deutschen Kommunisten wurde in Moskau festgelegt. Stalins Nahziel war auch nach 1930 nicht eine kommunistische Revolution in Deutschland, sondern die Zertrümmerung der Sozialdemokratie. Je weiter diese Partei von der Macht entfernt wurde, um so besser. Ein deutlicher Rechtsruck, selbst eine Militärdiktatur hatte, außenpolitisch gesehen, für die Sowjetunion ihr Gutes. Die sowjetische Staatsräson, so wie die führenden Männer von Staat und Partei sie auffaßten, erforderte auf absehbare Zeit nicht den Sieg des deutschen Kommunismus, sondern die Niederlage der prowestlichen Kräfte Deutschlands.

Die SPD *war* die Partei der Verständigung mit dem Westen und sie *war* die Partei des Klassenkompromisses. Nur weil die Sozialdemokratie zur Zusammenarbeit mit den gemäßigten Teilen des Bürgertums bereit war, war die Republik von Weimar überhaupt zustande gekommen. Solange die SPD staatliche Verantwortung trug, sei es als koalierende, sei es als tolerierende Partei, *mußte* sie Kompromisse schließen, die dem Gros der „Elendsproletarier“, der Masse der Arbeitslosen, kaum zu vermitteln waren.<sup>11</sup> Radikale Parolen mochten geeignet erscheinen, einen Teil der Erwerbslosen an die SPD zu binden; bei ihren Stammwählern aber, die meist noch beschäftigt waren, hatte die Sozialdemokratie einen Rückhalt nur, wenn sie „politikfähig“ blieb und den Inter-

essen der besser situierten Arbeiter im Rahmen des jeweils Möglichen Rechnung trug.

Daraus folgte, daß es links von der Weimarer Sozialdemokratie Platz für konkurrierende Kräfte gab: Massenarbeitslosigkeit und proletarisches Elend bedingten zwar nicht die Politik der KPD, aber sie bildeten objektive Gründe für die Existenz einer kommunistischen Partei. Die Spaltung der Arbeiterklasse in einen Flügel, der Bündnisse mit bürgerlichen Kräften grundsätzlich bejahte, und einen anderen, der eine solche Zusammenarbeit grundsätzlich verwarf, war mithin strukturell bedingt und von Anfang an beides: eine schwere Belastung der Weimarer Republik und zugleich eine Bedingung ihrer Möglichkeit.

Die deutschen Kommunisten wollten das hochindustrialisierte Deutschland nach einem Modell verändern, das in einem unterentwickelten Agrarland entstanden war. Sie wollten in einem Land, das 1918 seit immerhin einem halben Jahrhundert das allgemeine gleiche Männerwahlrecht und damit ein Stück Demokratie kannte, eine Parteidiktatur bolschewistischen Typs errichten, was einen drastischen Verlust an Freiheitsrechten für die ganze Bevölkerung bedeutet hätte. Für diese Zielvorstellungen konnten die Kommunisten immer nur eine Minderheit der Arbeiterschaft gewinnen, und bei vielen, die ihnen die Stimme gaben, muß man annehmen, daß sie damit nur gegen die bestehenden Verhältnisse protestieren, nicht aber sich positiv für das Programm der KPD aussprechen wollten.

Während die KPD vom revolutionären Ausweg aus der Krise sprach, sah die SPD von der ersten bis zur letzten Stunde der Republik im Bürgerkrieg das größte aller Übel, das es um jeden Preis zu vermeiden galt. Beide Parteien nannten sich „marxistisch“, aber der Begriff spiegelte eine Einheit vor, die es nicht gab. Allenfalls konnte man, mit einer Anleihe bei George Bernard Shaw, SPD und KPD zwei Parteien nennen, die getrennt waren durch gemeinsame ideologische Wurzeln. Diesen Wurzeln war es zuzuschreiben, daß beide Parteien oft noch dieselben Worte benutzten, aber höchst Unterschiedliches darunter verstanden. „Klassenkampf“ etwa hieß für die meisten Sozialdemokraten längst: pluralistische Interessenpolitik im Sinne der Arbeitnehmer. Für die Kommunisten bedeutete „Klassenkampf“ Zuspit-

zung der gesellschaftlichen Konflikte mit dem Endziel der proletarischen Revolution.

Angesichts der unüberbrückbaren Gegensätze zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten wäre nach 1930 ein „Burgfriede“ oder „Nichtangriffspakt“ zwischen beiden Parteien das Äußerste gewesen, was theoretisch möglich war - freilich zugleich auch das Minimum dessen, was der Kampf gegen Nationalsozialismus und schwarz-weiß-rote Reaktion praktisch erforderte. Wenn die Kommunisten sich entschlossen hätten, im Nationalsozialismus den Hauptfeind zu sehen, wäre es eine logische Folgerung gewesen, den Sozialdemokraten gegenüber eine Politik des kleineren Übels zu betreiben. Die Sozialdemokraten wußten, daß der Nationalsozialismus der Hauptfeind war. Aber aus dieser Einsicht die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, war nur in begrenztem Umfang eine Frage des eigenen Willens. Ohne Änderung der kommunistischen Generallinie, wonach der Hauptstoß innerhalb der Arbeiterklasse gegen die Sozialdemokratie als die „soziale Hauptstütze der Bourgeoisie“ zu führen war, ließ sich nicht einmal ein Nichtangriffspakt zuwege bringen.

### III.

Ich komme zum dritten und letzten Abschnitt und damit zu der Frage, wie zwangsläufig oder vermeidbar der Weg in die Katastrophe war. Eine These, die sich aus dem bisher Gesagten ergibt, möchte ich vorwegnehmen: Der kommunistische Kampf gegen den „Sozialfaschismus“ war ebenso ein Beitrag zum Aufstieg Hitlers wie die kommunistischen Parolen und Aktionen, die den Nationalsozialisten seit 1929 Wähler zutrieben. Insofern hat die Spaltung der „marxistischen“ Arbeiterbewegung Hitlers Triumph wesentlich erleichtert.

Der Umkehrschluß, daß eine einige „marxistische“ Arbeiterbewegung den Nationalsozialismus hätte verhindern können, erscheint dennoch gewagt. Auf SPD und KPD zusammen entfiel zwischen 1930 und 1932 stets nur ein starkes Drittel der Wählerstimmen. Wäre der „marxistische“ Teil der Arbeiterschaft in *einer* Partei vereinigt gewesen, so hätte diese Partei gewiß weit

links von der damaligen SPD gestanden. Eine solche Partei hätte Koalitionen mit bürgerlichen Parteien entweder von vornherein abgelehnt oder rasch wieder aufgekündigt. Weimar wäre infolgedessen gar nicht erst ins Leben getreten oder schon frühzeitig zusammengebrochen. Was immer als Alternative zu Weimar denkbar erscheint: Eine parlamentarische Demokratie konnte es nur geben, wenn die Sozialdemokratie erstens bereit war, mit bürgerlichen Kräften zusammenzuarbeiten, und wenn sie zweitens hierfür im Bürgertum hinreichend starke Partner fand.

Nachdem Weimar endgültig gescheitert war, mußten sich die deutschen Sozialdemokraten massive Kritik an ihrer Koalitions- und Tolerierungspolitik gefallen lassen. Das deutsche Beispiel zeige, daß der Reformismus insgesamt gescheitert sei, sagten im August 1933 die Sprecher des linken Flügels auf der Konferenz der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in Paris; die Politik des kleineren Übels habe zur kampflosen Kapitulation - zuerst am 20. Juli 1932 vor Papen, dann am 30. Januar 1933 vor Hitler - geführt. Der Parteivorsitzende der SPD, Otto Wels, verteidigte sich mit Worten, die auf geradezu herausfordernde Weise fatalistisch klangen: „Wir waren getrieben durch den Zwang der Verhältnisse in stärkerem Maße als die Parteien irgendeines anderen Landes. Wir waren wirklich nur Objekt der Entwicklung ... Uns in Deutschland war die Politik des kleineren Übels aufgezwungen, und ich habe in der Exekutive (dem Leitungsgremium der Zweiten Internationale, H.A.W.) das Bild gebraucht, daß die würgende Schlinge des kleineren Übels uns schließlich den Atem nahm ... 6 Millionen Arbeitslose schufen den Druck, dem wir schließlich erlagen.“<sup>12</sup>

Was die Zeit seit dem Herbst 1930 anging, war die Argumentation von Wels alles in allem zwingend: Solange noch eine Chance bestand, im Bunde mit der bürgerlichen Mitte den Vormarsch der Nationalsozialisten aufzuhalten, mußte die SPD den Weg der Legalität gehen. Sie konnte als demokratische Partei nicht die Grundsätze der Demokratie über Bord werfen, ohne sich selbst preiszugeben. Was die Situation der Sozialdemokratie immer aussichtsloser machte, war ihre zunehmende Isolierung: Sie verteidigte die Republik auch dann noch, als die Mehrheit des Volkes sich längst von Weimar abgewandt hatte und es im Bürgertum

kaum noch Kräfte gab, die entschlossen waren, die Nationalsozialisten von der Macht fernzuhalten.

Anlaß, mit sich selbst ins Gericht zu gehen, hatte die SPD dagegen, wenn sie weiter zurückblickte. 1933 war es schon fast Parteikonsens, daß die Sozialdemokratie einen schweren Fehler begangen hatte, als sie im Frühjahr 1930 unter dem Druck der Gewerkschaften die Große Koalition verließ und so dem Präsidialsystem den Weg ebnete. (Daß die Regierung Hermann Müller im Herbst 1930 auf Grund der Haltung von Zentrum und Deutscher Volkspartei wohl ohnehin zerbrochen wäre, steht auf einem anderen Blatt.) Auch in den Jahren zuvor war parlamentarisches Regieren immer nur in Form von Koalitionspolitik möglich gewesen. Was die Sozialdemokraten sich vorzuwerfen hatten, war nicht, wie die Linke auf der Pariser Konferenz meinte, daß sie eine solche Politik getrieben hatten, sondern daß sie darin zu wenig konsequent gewesen waren.

Einigkeit bestand 1933 auch darin, daß die Sozialdemokratie sich zu wenig um die ländlichen und städtischen Mittelschichten, das wichtigste Stimmenreservoir der Nationalsozialisten, gekümmert hatte. Aber wieder war es ein Irrtum der Linken, daß die Sozialdemokratie beides zugleich gekonnt hätte oder je können würde: „marxistischer“ sein, als sie war, und mit einem betont klassenkämpferischen, ja revolutionären Programm Bauern und „Kleinbürger“ für sich gewinnen. In Wirklichkeit war es gerade die proletarische Selbststilisierung, die der SPD den Einbruch in die Mittelschichten unmöglich gemacht hatte. Als die Partei in ihrem Heidelberger Programm von 1925 auch noch die abschreckende und zudem falsche Behauptung wiederholte, der Kleinbetrieb in Industrie, Handel und Verkehr sei zum Untergang verurteilt, war einer Politik der sozialen Öffnung der Boden auf absehbare Zeit entzogen.

Die schärfste Selbstkritik übte die SPD seit 1933 an der Rolle, die sie in der Revolution 1918/19 gespielt hatte: „Unsere Politik in Deutschland war seit 1923 sicher im Ganzen und Großen durch die Situation erzwungen und konnte nicht viel anders sein“, schrieb Rudolf Hilferding am 23. September 1933 an Karl Kautsky. „In diesem Zeitpunkt hätte auch eine andere Politik kaum ein anderes Resultat gehabt. Aber in der Zeit von 1914 und

erst recht von 1918 bis zum Kapp-Putsch war die Politik plastisch und in dieser Zeit sind die schlimmsten Fehler gemacht worden. Das haben wir damals gesagt und davon brauchen wir jetzt nichts zurückzunehmen“.<sup>13</sup> Vier Monate später war diese Auffassung der offizielle Standpunkt der Partei. In dem von Hilferding entworfenen „Prager Manifest“ der Exil-SPD vom Januar 1934 hieß es zur Revolution von 1918/19: „Daß sie den alten Staatsapparat fast unverändert übernahm, war der schwere historische Fehler, den die während des Krieges desorientierte deutsche Arbeiterbewegung beging“.<sup>14</sup>

Die Selbstkritik war wohlbegründet. Wenn es je eine Chance gegeben hatte, die Erblast des Obrigkeitsstaates zu verringern, dann in der Zeit zwischen dem Sturz der Monarchie am 9. November 1918 und der Wahl der Verfassungsgebenden Nationalversammlung am 19. Januar 1919. Aber ob sich der Sieg des Nationalsozialismus hätte verhindern lassen, wenn die Revolution im Sinne gemäßiger Unabhängiger Sozialdemokraten wie Hilferding verlaufen wäre, bleibt fraglich. Denn so gut wie niemand forderte 1918/19 eine Enteignung der ostelbischen Rittergutsbesitzer - derjenigen alten Führungsschicht, die sich bald als der entschlossenste Gegner der jungen Republik erweisen sollte und die im Januar 1933 bei der Machtübertragung an Hitler die Schlüsselrolle spielte. Und gegen den Aufstieg einer nationalistischen Massenbewegung war ohnehin kein demokratisches Kraut gewachsen.

Daß 1918/19 nicht einmal Strukturreformen stattfanden, die der erstrebten parlamentarischen Demokratie ein festeres gesellschaftliches Fundament hätte geben können, ging auf das Schuldkonto der regierenden Mehrheitssozialdemokraten. Aber das Ausbleiben einer „klassischen“ Revolution hatte strukturelle Gründe: Deutschland war erstens ein hochindustrialisiertes Land, und das bedingte, was Richard Löwenthal den „Anti-Chaos-Reflex“ genannt hat: die Furcht vor einem Zusammenbruch des Wirtschaftslebens und der öffentlichen Dienstleistungen.<sup>15</sup> Auf den zweiten Grund habe ich bereits kurz hingewiesen: Deutschland kannte seit der Reichsgründung von 1871 das allgemeine gleiche Wahlrecht für Männer und war daher kein geeigneter Boden für irgendwelche Spielarten einer „Diktatur des Proletariats“.

Die Republik sollte mehr Demokratie bringen und nicht mit neuer Bevormundung beginnen. Beide Faktoren, der Grad der Industrialisierung und der Grad der Demokratisierung, wirkten objektiv antirevolutionär - und sie machten aus der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung eine Kraft, die zwar noch auf Reformen, aber nicht mehr auf eine Revolutionierung der Gesellschaft setzen konnte.

Ein republikanischer Neubeginn hätte freilich nicht nur gesellschaftliche Veränderungen, sondern auch einen moralischen Bruch mit dem Kaiserreich erfordert. Er unterblieb nicht zuletzt deshalb, weil die Sozialdemokraten, nachdem sie vier Jahre lang Kriegskredite bewilligt hatten, nach 1918 davor zurückscheuten, von der Kriegsschuld der deutschen Reichsleitung so offen zu sprechen, wie es die mittlerweile bekannten Tatsachen geboten. Nutznießer war die Rechte: Die Kriegsunschuldlegende wurde zum Nährboden der Agitation gegen das „Diktat von Versailles“. Für den Historiker muß die Frage, ob die Versäumnisse und Fehlentscheidungen von 1918/19 eine Katastrophe unausweichlich machten, ebenso offen bleiben wie die Umkehrfrage, ob ein anderer Ablauf der Revolution das Überleben der Republik gewährleistet hätte. Sicher ist im Rückblick nur, daß Weimar ein Versuch war, den Grundwiderspruch des Reiches von 1871, den Gegensatz zwischen wirtschaftlicher und kultureller Modernität auf der einen und politischer Rückständigkeit auf der anderen Seite, aufzulösen. Die Restauration eines bürokratischen Obrigkeitsstaates unter Brüning markierte das Scheitern dieses Versuchs. Die Wahlerfolge der Nationalsozialisten waren *auch* ein populistischer Protest gegen die fortschreitende Ausschaltung der Massen. Oder anders gewendet: Hitler profitierte nicht nur von der autoritären Tradition, sondern auch von der Teildemokratisierung Deutschlands vor 1918; er war *der* Nutznießer der Widersprüche des deutschen Modernisierungsprozesses.

In den letzten Wochen der Republik, in der kurzen Regierungszeit des Generals von Schleicher, war die Alternative zur Kanzlerschaft Hitlers wohl nur noch eine mehr oder minder verhüllte Militärdiktatur. Nachdem am 30. Januar 1933 die Macht an Hitler gefallen war, hörte das Reich auf, ein Rechts- und Verfassungsstaat zu sein. Es blieb ein Unrechtssystem, dessen zerstöre-

rische Politik mit innerer Logik in der Selbstzerstörung endete. Das Jahr 1933 bedeutet, so gesehen, mehr als nur den Untergang der ersten deutschen Republik. Es war das Reich Bismarcks, das sich damals selbst sein Todesurteil sprach.

Wer die erste Demokratie aus dem zeitlichen Abstand von über einem halben Jahrhundert betrachtet, fällt seine Urteile unweigerlich aus der Kenntnis dessen, was auf Weimar folgte: das „Dritte Reich“, der Zweite Weltkrieg, der Mord an den europäischen Juden und die Teilung Deutschlands. Die Versuchung ist groß, die erste Demokratie an der ungleich erfolgreicherem zweiten zu messen, die freilich bis 1990 keine gesamtdeutsche, sondern nur eine westdeutsche war. Aber die Demokratiegründung von 1949 fand unter sehr viel günstigeren Vorzeichen statt als die von 1918/19, und daß Bonn nicht Weimar wurde, verdankt es auch der Tatsache, daß es Weimar gegeben hat. Die Geschichtswissenschaft muß daher versuchen, die erste deutsche Republik aus ihren historischen Voraussetzungen zu begreifen. Nur wenn sie das tut und auf vorschnelle Aktualisierung verzichtet, kann sie dazu beitragen, daß aus Weimar gelernt wird.

# Anmerkungen

- 1 Im folgenden Text meiner Antrittsvorlesung vom 8. April 1992 fasse ich einige der Ergebnisse meiner dreibändigen Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik (Berlin/Bonn 1984-1987) und namentlich des dritten Bandes: Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930-1933, Bonn, 1990<sup>2</sup>, zusammen. Die Anmerkungen beschränken sich daher auf den Nachweis wörtlicher Zitate.
- 2 *F. Meinecke*: Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen.-Wiesbaden, 1947<sup>3</sup>.
- 3 *C. Schmitt*: Gespräch über die Macht und den Zugang zum Machthaber.-Pfullingen, 1954.
- 4 *R. Hilferding*: Der Austritt aus der Regierung. In: Die Gesellschaft 7 (1930/I), S. 385-392.
- 5 *M. Seydewitz*: Der Sieg der Verzweiflung. In: Der Klassenkampf 4 (1930), 18 (15.9.), S. 545-550.
- 6 Panzerkreuzer-Abgesang. In: Das Freie Wort 3 (1931) 13 (29.3.)
- 7 Schlagt Hitler! In: *Vorwärts*, Nr. 97, 27.2.1932.
- 8 *H. Weber* (Hrsg.): Der deutsche Kommunismus. Dokumente Köln, 963 S. 58-65.
- 9 Internationale Pressekorrespondenz 11 (1931) 38 (24.4.), S. 946-955.
- 10 XII. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (September 1932). Thesen und Resolutionen Moskau, 1932.-S. 6-11.
- 11 Der Begriff „Elendsproletarier“ bei: *F. Stampfer*: Wieder Bülowplatz. In: *Vorwärts*, Nr. 43, 26.1.1933.
- 12 Protokoll Internationale Konferenz der Sozialistischen Arbeiter-Internationale Paris, Maison de la Mutualité, 21.-25. August 1933 Paris, 1933 (Neudruck: Glashütten, 1976), S. 108f.
- 13 Internationales Institut für Sozialgeschichte Amsterdam, Nachlaß Karl Kautsky D XII, 661.
- 14 Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, Hrsg. und eingeleitet von *Dieter Dowe* und *Kurt Kotzbach* Berlin, 1984<sup>2</sup>, S. 225-338.
- 15 *R. Löwenthal*: Bonn und Weimar: Zwei deutsche Demokratien. In: *H.A. Winkler* (Hrsg.): Politische Weichenstellungen im Nachkriegs-deutschland 1945-1953. Geschichte und Gesellschaft. Sonderheft 5 (1979), S. 9-25 (11).

# Heinrich August Winkler

1938 geboren in Königsberg, Gymnasium in Ulm.

1957 bis 1963 Studium der Geschichte, der Wissenschaftlichen Politik, der Philosophie und des Öffentlichen Rechts in Münster, Heidelberg und Tübingen.

1963 Promotion zum Dr. phil. in Tübingen.

1964 bis 1970 Wissenschaftlicher Assistent an der Freien Universität Berlin.

1967/68 und 1970/71 German Kennedy Memorial Fellow an der Harvard University, Cambridge/Mass. (USA).

1970 Habilitation in den Fächern Neuere Geschichte und Wissenschaftliche Politik.

1970 bis 1972 Professor an der Freien Universität Berlin.

1972 bis 1991 o. Professor der Neueren und Neuesten Geschichte an der Universität Freiburg im Br.

Seit Herbst 1991 Professor für Neueste Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin.

1974/75 Visiting Scholar an der Princeton University (USA).

1977/78 Guest Scholar am Woodrow Wilson International Center for Scholars in Washington, D.C. (USA).

1985/86 Fellow am Wissenschaftskolleg zu Berlin.

1990/91 Stipendiat des Historischen Kollegs München.

Mitherausgeber der Zeitschrift "Geschichte und Gesellschaft".

## **Wichtigste Veröffentlichungen**

Preußischer Liberalismus und deutscher Nationalstaat, Tübingen 1964

Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus, Köln 1972

Revolution, Staat, Faschismus, Göttingen 1978

Liberalismus und Antiliberalismus, Göttingen 1979

Die Sozialdemokratie und die Revolution von 1918/19, Berlin 1980<sup>2</sup>

Nationalismus, Königstein 1978 (Hrsg.)

Wendepunkte deutscher Geschichte 1848-1945, Frankfurt 1987<sup>6</sup> (Hrsg. zus. mit Carola Stern), erweiterte Werkausgabe im Druck

Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918-1924, Berlin 1985<sup>2</sup>;

Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924-1930, Berlin 1988<sup>2</sup>;

Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930-1933, Berlin 1990<sup>2</sup>

Weimar 1918-1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, erscheint im Herbst 1993 bei C.H. Beck in München

In der Reihe **Öffentliche Vorlesungen** sind erschienen:

- 1 *Volker Gerhardt*  
Zur philosophischen Tradition der Humboldt-Universität
- 2 *Hasso Hofmann*  
Die versprochene Menschenwürde

Es erscheinen demnächst:

- 4 *Michael Borgolte*  
„Totale Geschichte“ des Mittelalters?  
Das Beispiel der Stiftungen
- 5 *Wilfried Nippel*  
Max Weber und die Althistorie seiner Zeit
- 6 *Heinz Schilling*  
Am Anfang waren Luther, Loyola und Calvin -  
ein religionssoziologisch-entwicklungsgeschichtlicher Vergleich
- 7 *Hartmut Harnisch*  
Adel und Großgrundbesitz im ostelbischen  
Preußen 1800 - 1914